



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Perspektiven für Junglehrerinnen und Junglehrer schaffen – Notstand im Schulsystem jetzt begegnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert unverzüglich in Zusammenarbeit mit allen bayerischen Lehrerverbänden einen Aktionsplan zu erarbeiten, der unter den Bedingungen gesteigener Schülerzahlen an den bayerischen Schulen, sowohl die Unterrichtsversorgung aller Schülerinnen und Schüler als auch die zusätzlichen Aufgaben wie beispielsweise den Auf- und Ausbau der Ganztagschulen und der Inklusion sicherstellen kann.

Hierzu soll in einem ersten Schritt umgehend ein Konzept vorgelegt werden, das zum Inhalt hat, den vielen erstklassig ausgebildeten Junglehrerinnen und Junglehrern, die zum September vor allem an Realschulen und Gymnasien keine Anstellung erhalten haben, eine Perspektive zu geben. Diese sollen gezielt bei der Förderung und Integration von Flüchtlings- und Asylbewerberkindern eingesetzt werden und dazu beitragen, dass die Lehrkräfte aller Schularten entlastet werden.

Begründung:

Die Prognosen des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst aus dem Jahr 2014 mussten vor allem aufgrund der gestiegenen Flüchtlings- und Asylbewerberkinder inzwischen deutlich korrigiert werden. Entgegen der Prognose gibt es für das Schuljahr 2015/2016 vor allem an den Grund- und Mittelschulen mit über 12.000 mehr Schülerinnen und Schülern ein deutliches Plus. Die so genannte „demografische Rendite“ ist deshalb folglich deutlich

geringer geworden bzw. u.E. kaum mehr existent. Die im Doppelhaushalt 2015/2016 als „demografische Rendite“ ausgewiesenen Stellen werden bereits für das kommende Schuljahr 2015/2016 zu einem hohen Anteil zur Sicherstellung der Grundversorgung benötigt. Mit der Folge, dass zusätzliche Aufgaben wie der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen und die Inklusion ins Stocken kommen. Die von Staatsminister Dr. Spaenle vorgenommene Verteilung der so genannten „demografischen Rendite“ auf die einzelnen Schularten zeigt zudem auf, dass die Realschulen, die zum 1. August 2015 insgesamt 218 Stellen in das Sammelkapitel 05 21 des Doppelhaushalts 2015/2016 abgeben mussten, nur 114 zurückbekommen haben. Die Folge ist, dass Junglehrkräfte, die aktuell ihr Referendariat beendet haben, kein Angebot vom Staat erhalten haben, da die Einstellungssituation durch den Verlust von über 100 Stellen noch zugespitzt wurde, obwohl es an der Schulart Realschule immer noch ca. 750 Klassen mit 30 oder mehr Schülerinnen und Schülern in einer Klasse gibt. Ähnlich kritisch gestaltete sich auch die Einstellungssituation an den Gymnasien. Auf der anderen Seite besteht vor allem an den Mittelschulen und den beruflichen Schulen ein hoher Bedarf nach Lehrkräften, die insbesondere das Unterrichtsfach Deutsch, idealerweise mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ mitbringen. Deshalb sollte u.E. unverzüglich ein Konzept vorgelegt werden, das insbesondere den besten der Junglehrkräfte an Gymnasien und Realschulen mit allen Fächerkombinationen eine Perspektive bieten kann. Hierzu sollten beispielsweise so genannte „Super-Verträge“ ins Auge gefasst werden, um zu erreichen, dass die besten Absolventinnen und Absolventen eines Jahrgangs dem bayerischen Schulsystem erhalten bleiben. Der Freistaat Bayern sollte es sich u.E. nicht leisten die besten Junglehrerinnen und Junglehrer zu verlieren. Wichtig ist, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Anspruch auf Bildung und einen Platz an einer bayerischen Schule haben und deshalb muss die Unterrichtsversorgung für alle sichergestellt werden. Ein deutliches Plus von Schülerinnen und Schülern an bayerischen Schulen muss auch zur Folge haben, dass mehr Lehrkräfte vorhanden sind. Vor allem die Flüchtlings- und Asylbewerberkinder dürfen nicht für schlechte Rahmenbedingungen an den Schulen verantwortlich gemacht werden und deshalb muss es zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten geben. Eine gute Deutschförderung, die Integration in die Klassengemeinschaft und der Umgang mit den traumatischen Erfahrungen der Kinder erfordern geschultes Personal.